

10.06.1997

Die Kette der Verfehlungen reißt nicht ab

Baustadträtin Karin Baumert soll die Bezirksverordneten belogen haben / Abwahlenantrag wird erwogen

Für Baustadträtin Karin Baumert (parteilos, für PDS) wird es langsam eng. Nachdem sie Verfahrensfehler bei Verträgen mit ihrem ehemaligen Mieterberatungsbüros Mieterstadt eingeräumt hat, liegen jetzt weitere sie belastende Details auf dem Tisch. Sie soll wissentlich in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) die Unwahrheit gesagt haben.

In der BVV Sitzung am 10. April sollte Karin Baumert soll zur Vergabe eines Auftrags an das Mieterberatungsbüro BfsS im Zusammenhang mit Mieterbefragungen im Bezirk Auskunft geben. In der Debatte erklärte die Baustadträtin, daß sie keinen speziellen Unterauftragnehmer als Bedingung für die Auftragsvergabe an das Mieterberatungsbüro verlangt hat. Nachforschungen der Bezirksverordneten haben allerdings anderes ergeben. In den Unterlagen der Bauabteilung fanden sie ein Schreiben vom 25. Februar 1997 an BfsS. Darin heißt es: "Wir erwägen ihnen den Auftrag zur Durchführung der Untersuchungen zu geben, unter der Bedingung, daß der empirische Teil der Untersuchungen von IFAD durchgeführt wird."

Für die Bezirksverordneten von CDU, SPD und Bündnis Mitte steht fest: Frau Baumert hat die Unwahrheit gesagt. Die CDU will diesen Vorfall in der kommenden BVV am Donnerstag debattieren. "Das ist schon ein Stück aus dem Tollhaus", so Fraktions-Chef Frank Henkel.

Auch die unrechtmäßige Einflußnahme von Karin Baumert auf Verträge mit ihrem ehemaligen Mieterberatungsbüro Mieterstadt hat gestern bei den Bezirksverordneten für Wirbel gesorgt. Sie prüfen inzwischen, ob sie in ihrer kommenden Sitzung einen Abwahlenantrag stellen. Wie die Berliner Zeitung gestern berichtete, hatte Karin Baumert zwischen Februar und April mehrfach in Verträge mit Mieterstadt eingegriffen. Unter anderem hat sie im diesjährigen Vertrag für die Mieterberatung in der Spandauer Vorstadt Änderungen durchgesetzt, die Honorarsätze erhöht und pauschale Beratungen in den Vertrag aufgenommen. Gegen die Bedenken ihrer Mitarbeiter unterschrieb sie schließlich den Vertrag selbst.

"Wenn die Vorwürfe stimmen, dann muß Frau Baumert gehen", sagt Frank Bertermann, Chef der Fraktion Bündnis Mitte. Die Amtsführung der Baustadträtin würde an eine absolutistische Politik erinnern. Die Sozialdemokraten wollen noch abwarten und, wie die CDU, die Vorwürfe prüfen. "Wir werden nicht den ersten Stein werfen", so SPD-Fraktionsvorsitzender Steffen Schwanz zu einem möglichen Abwahlenantrag. Die PDS äußerte sich gestern nicht.ua